

## Aus dem Plenum

### Thüringer Landtag verabschiedet Landeshaushalt 2011

Vom 8. bis 10. Dezember fand die letzte Plenarsitzung in diesem Jahr statt. Erwartungsgemäß standen zahlreiche Tagesordnungspunkte auf der Agenda, die am Donnerstag eine Tagung des Parlaments bis in die Nachtstunden hinein erforderten.

Im Fokus des Interesses stand dabei der Gesetzentwurf der Landesregierung über die Feststellung des Landeshaushaltsplans 2011, welcher nach 16-stündiger Debatte in der Nacht von Donnerstag auf Freitag von den Koalitionsfraktionen beschlossen wurde. Der Etat 2011 umfasst demnach ein

Volumen von 9,48 Milliarden Euro. Dies sind rd. 300 Millionen Euro weniger als der Haushalt des laufenden Jahres. Ferner nimmt das Land Thüringen 470 Millionen Euro neue Schulden auf. Rund 80 Änderungsanträge der CDU- und der SPD-Fraktion flossen in den Haushalt mit ein. Die Anträge der Opposition fanden hingegen keine mehrheitliche Zustimmung. Der Abstimmung über den Haushalt 2011 gingen intensive Beratungen im Haushalts- und Finanzausschuss voraus.

Neben dem Landeshaushalt 2011 entschied der Land-

tag über weitere Gesetze. Die Mehrheit der Koalition stimmte für den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Thüringer Schulgesetzes. Fortan wird die Thüringer Schullandschaft durch das Gemeinschaftsschulmodell ergänzt, welches eine Option auf gemeinsames Lernen bis zum Ende der 8. Klasse bietet. Zusätzlich wurde die Schulpflicht von neun auf zehn Schuljahre verlängert. Dies soll dazu beitragen, dass weniger junge Menschen ohne Abschluss Thüringer Regelschulen verlassen.

Nach einer kontroversen De-

batte entschied sich die Koalition mit dem Gesetz über Thüringer Schulen in freier Trägerschaft für eine Kürzung der Zuschüsse für diese Schulen. Im allgemeinbildenden Bereich werden an freien Schulen ab dem Schuljahr 2011/2012 - statt wie bisher 85 Prozent - nur noch 80 Prozent der Schülerkostensätze staatlicher Schulen gezahlt. Die Opposition stimmte geschlossen gegen diesen Gesetzentwurf. Eine vollständige Übersicht aller Themen ist in der Parlamentsdokumentation unter [www.thueringer-landtag.de](http://www.thueringer-landtag.de) zu finden.

### „Thüringen sagt Ja zu Kindern“ Weihnachtliche Spendenaktion für Kinder in Not



Bereits zum vierten Mal startete am 23. November die Spendenaktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern“. Gemeinsam mit dem Thüringer Sozialministerium, der Thüringischen Landeszeitung, Antenne Thüringen und dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Thüringen ruft Landtagspräsidentin Birgit Diezel die Menschen im Freistaat auf, Kindern in Not zu helfen. Viele Thüringer haben sich in den vergangenen Jahren an der vorweihnachtlichen Spendenaktion beteiligt. So wurden 2009 rund 120.000 Euro gespendet, die sieben verschiedenen Projekten des Kinder- und Jugendschutzes zuge-

te kamen. Auch in diesem Jahr hoffen die Initiatoren auf rege Unterstützung. Schon jetzt haben viele Thüringer Bürger, Vereine oder Unternehmen für die Aktion Spenden gesammelt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die Schirmherrin ist, erläuterte das Ziel der Aktion: „Mit den Spenden wollen wir einerseits Projekte finanziell unterstützen, die bedürftigen Kindern in Thüringen helfen. Andererseits wollen wir auf die Situation und Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen aufmerksam machen. Kinderschutz und Kinderfreundlichkeit müssen in unserer Gesellschaft zu einer Selbstverständlichkeit werden“, so Frau Diezel. Die Initiatoren freuen sich über jede Spende auf das Konto des Paritätischen Thüringen:

**Sparkasse Unstrut-Hainich  
Stichwort:**

**„Thüringen sagt Ja zu Kindern“  
Kontonummer: 5088  
Bankleitzahl: 820 560 60**

### Vereidigung neuer Minister der Thüringer Landesregierung



Landtagspräsidentin Birgit Diezel vereidigte am 8. Dezember 2010 die neuen Minister Jörg Geibert (Innen, li.) und Dr. Wolfgang Voß (Finanzen, re.).

Die neue Chefin der Staatskanzlei und Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Marion Walsmann musste als bisherige Finanzministerin nicht erneut vereidigt werden.

## Kurz gemeldet

Vom 22. bis 23. November besuchten die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses das Europäische Parlament in Straßburg. Im Gespräch mit Abgeordneten erörterten sie wirtschaftspolitische Themen mit Europabezug, die für den Freistaat von Bedeutung sind, wie z. B. die Zukunft der Kohäsionspolitik, europäische Energiepolitik aus Umweltperspektive oder das Vergaberecht. +++ Als Schirmherrin des Jürgen-Fuchs-Literatureseminars, das von der Beauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes, Hildigund Neubert, organisiert wurde, begrüßte Landtagspräsidentin Birgit Diezel am 27. November in Jena die Teilnehmer mit einer kurzen Ansprache. +++ Am 29. November nahm Landtagspräsidentin Diezel am Verabschiedungsappell des Artillerieregiments 100 „Freistaat Thüringen“ teil, das 2011 im Auslandseinsatz stehen wird. +++ Am 2. Dezember, dem internationalen Tag der Menschen mit Behinderung, stellte das Erfurter Förderzentrum „Schule am Andreasried“ ihr Tanztheaterprojekt „Werkstatt der Schmetterlinge“ im Landtag vor. Unterstützt wird das Projekt vom Thüringer Beauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Paul Brockhausen.

### Andrea Moigk: „Ölmalerei – Thüringer Landschaften“ Letzte Kunstaussstellung im Jahr 2010 eröffnet

Dunkle Wälder, nebelverhangene Täler, klare Bäche: Die Ausstellung der Künstlerin Andrea Moigk „Ölmalerei – Thüringer Landschaften“ setzt die Natur des Freistaats abstrakt in Szene. Bilder, so viel-

stellung. „Die zentralen Themen im Werk der Künstlerin sind Natur und Landschaft als Bereiche der Imagination. Die Bilder erschließen ganz eigene, neue Räume. Die Abstraktion lädt den Betrachter zum



Mit Bildern von Andrea Moigk (vorn links) aus der Nähe von Sonneberg ging das Ausstellungsjahr 2010 im Landtag zu Ende. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (rechts daneben) eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit der Kunsthistorikerin Angelika Steinmetz-Oppeland (am Rednerpult).

fältig wie die Natur selbst, beschreiben in bunten Farbkompositionen den Einzug des Frühlings, die Leichtigkeit des Sommers, die Stille und Ruhe der kalten Jahreszeit. Mit Öl, Spachtel und Inspiration gestaltet die Malerin Bilder, die sich dem flüchtigen Betrachter verschließen und den Neugierigen in die Wälder Thüringens entführen. Landtagspräsidentin Birgit Diezel eröffnete am 9. Dezember gemeinsam mit der Künstlerin die Ausstellung. „Andrea Moigks eindringliche Bilder beschreiben Thüringer Landschaften auf eine ganz besondere Weise“ würdigte Frau Diezel die Aus-

stellungen, Staunen und Entdecken ein“, so die Landtagspräsidentin. Zu Hause im südthüringischen Förzitz bei Sonneberg studiert die Künstlerin die Natur des Thüringer Waldes bis ins kleinste Detail. Mit Finesse arbeitet sie ihre Erlebnisse in ihre Werke ein.

Interessierte Besucher können sich noch bis zum 14. Januar im Thüringer Landtag von dieser Finesse überzeugen und einen tiefen Einblick in die Werke und das Können der Malerin erhalten.

**Die Ausstellung ist Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr geöffnet.**  
**Der Eintritt ist frei.**

## 6. Thüringer Jugendgeschichte tag im Landtag

Am 30. November verwandelte sich der Thüringer Landtag in eine Geschichtswerkstatt. Über 200 Jugendliche kamen zum 6. Thüringer Jugendgeschichte tag, der vom Landesjugendring Thüringen organisiert wurde, und präsentierten ihre Forschungsergebnisse zur thüringischen Lokal- und Regionalgeschichte. Die Beiträge waren so vielfältig wie die Geschichte des Freistaats selbst. Von jüdischen Lebenswelten in Erfurt über Zwangsumsiedlungen in der ehemaligen DDR bis hin zu einer Gezeitentour durch Bad Lobenstein erforschten die Schülerinnen und Schüler die Geschichte ihrer Heimat. Landtagspräsidentin Birgit Diezel, die Schirmherin des Geschichtsprojekts ist, unterstützte das jugendliche Engagement: „Der Jugendgeschichte tag bietet den Schülerinnen und Schülern des Frei-



staats die wunderbare Möglichkeit, sich auf Entdeckungsreise in ihre Heimat zu begeben. Die Ergebnisse der zahlreichen Zeitzeugengespräche und der monatelangen Forschungsarbeit in Archiven, Kirchen, Museen oder Gemeindehäusern ist ein beeindruckender Beleg für das Interesse der jungen Menschen und für den Reichtum unserer regionalen Geschichte.“

### Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten Widerstand gegen Kürzungen beim Kindermedienzentrum

In seiner Sitzung am 3. Dezember beschäftigte sich der Ausschuss für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten mit dem Entwurf des 15. Rundfunkänderungsstaatsvertrags. In der Beratung über die zukünftige Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nahmen die Ausschussmitglieder Änderungen wie die Neuregelung der Gebührenstaffelung und des Anmeldeverfahrens für Endgeräte zustimmend zur Kenntnis. Ferner

befasste sich der Ausschuss in diesem Zusammenhang mit der Finanzierung des Kindermedienzentrums.

Das ZDF beabsichtigt, seinen finanziellen Beitrag zu reduzieren. Übereinstimmend forderten die Ausschussmitglieder den Erhalt des Kindermedienzentrums durch die Finanzierung der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Der Ausschuss unterstützt die Landesregierung bei ihren entsprechenden Bemühungen.

### Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz Kummer: Kein alpines Skigebiet am Schneekopf

In seiner Sitzung am 6. Dezember beschäftigte sich der Ausschuss für Landwirtschaft, Forsten, Umwelt und Naturschutz unter anderem mit dem geplanten alpinen Skigebiet am Schneekopf.

„Aus Gründen des Schutzes der Trinkwassersperre Ohra, die etwa 400.000 Einwohner Mittelthüringens versorgt, und wegen der hohen naturschutzfachlichen Bedeutung des

Schneekopfs sind die bisherigen Planungen aus Sicht der Landesregierung nicht genehmigungsfähig“, erklärt Ausschussvorsitzender Tilo Kummer (DIE LINKE).

Es werde auch kein Handlungsspielraum für eventuelle Änderungen des dort befindlichen europäischen Schutzgebiets bzw. des Trinkwasserschutzgebiets gesehen.

### Berlin-Besuch der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter

Vom 2. bis 4. September 2010 besuchte die Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Thüringer Landtags auf Einladung von Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt die Bundeshauptstadt Berlin. Auf dem Programm standen unter anderem Informationsgespräche in der Thüringer Landesvertre-

tung, eine Konferenzschaltung in den Bonner Dienstsitz des Bundesverkehrsministeriums sowie eine Führung durch die Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen. Im kommenden Jahr planen die ehemaligen Abgeordneten einen Besuch des nordrhein-westfälischen Landtags.

mit der Jugendweltmeisterin im Schach, Elisabeth Pähtz, sowie ein Geschichtsquiz, in welchem eine Schülergruppe aus Suhl, die mit dem Projekt „Geschichte der Jugendweihe in Suhl und Umland“ am Jugendgeschichte tag teilnahmen, den ersten Preis gewonnen haben (Foto: Markus Gruber, Maria Notroff und Nadine Fleischmann).

„Der Jugendgeschichte tag hat gezeigt, dass gerade die jüngere Geschichte unseres Landes Schülerinnen und Schüler herausfordert und wichtige Einsichten für sie bereithält“, bilanzierte Landtagspräsidentin Diezel anerkennend die Veranstaltung.

## CDU-Fraktion schlägt „Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen“ vor Schuldenbremse in die Landesverfassung - Strukturen analysieren

Die CDU-Landtagsfraktion hat im Landesparlament eine Konsolidierungsvereinbarung für Thüringen vorgeschlagen. Zu dem sieben Punkte umfassenden Paket gehört unter anderem eine Schuldenbremse in der Landesverfassung, der Abbau von weiteren 6000 Stellen im Landesdienst und eine Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs. Die Fraktion schlägt ferner eine breite Debatte mit kommunalen Mandats-trägern und Bürgern über die künftigen kommunalen Strukturen des Landes vor. Sie sollen den absehbaren demographischen und finanziellen Gegebenheiten angepasst werden. „Wo sich

Änderungsbedarf ergibt, werden die Wahlen für kommunale Mandate und Ämter 2020 in neuen Strukturen stattfinden“, sagte Fraktionsvorsitzender Mike Mohring (im Bild). Er warb

bei den Abgeordneten um breite Unterstützung für das Paket.

„Aus Verantwortung für Thüringen brauchen wir eine Sanierungsstrategie, die über den Rhythmus von Landtagswahlen hinaus trägt. Gelingt dies nicht, steht die politische Handlungs-

derfinanzausgleich leben müsse. Thüringen werde dann, 30 Jahre nach der Neugründung des Landes, noch zwei Millionen Einwohner haben, etwa ein Fünftel weniger als zur Mitte der 90er Jahre.

Ministerpräsidentin Christine



fähigkeit auf dem Spiel“, ist der Politiker überzeugt. Wie er ausführte, werde sich bis zum Jahr 2020 vieles ändern, weil das Land dann nur mit eigenen Einnahmen und dem in dieser Dekade neu zu verhandelnden Län-

Lieberknecht begrüßt den an alle Landtagsfraktionen gerichteten Vorschlag.

Es gelte, „die Vision ‚Thüringen 2020‘ fest im Blick, ein Zukunftsmodell für Thüringen zu entwickeln“.

### Vergleichbar, aber nicht einheitlich

Die CDU-Fraktion spricht sich für deutschlandweit vergleichbare, aber gegen vereinheitlichte Schulabschlussprüfungen aus. Darauf hat der bildungspolitische Sprecher der Fraktion, Volker Emde, hingewiesen. Damit wies er zugleich Medienberichte zurück, denen zufolge Thüringen auf ein gemeinsames und einheitliches deutsches Abitur setze. „Richtig ist, dass wir in Deutschland eine einheitliche Ziellinie definieren, die wir im Wettbewerb um die beste Bildungspolitik erreichen wollen. Das ist aber etwas anderes als ein einheitliches Abitur“, sagte Emde. Wie der Bildungspolitiker darlegte, arbeitet die Kultusministerkonferenz (KMK) seit Jahren an abschlussbezogenen Bildungsstandards und hat diesbezüglich bereits beachtliche Ergebnisse vorzuweisen. So liegen Standards für den Hauptschulabschluss für die Fächer Deutsch, Mathematik und die erste Fremdsprache vor.

### 20 Jahre CDU-Fraktion: Jörg Schwäblein im Gespräch mit dem Fraktions-TV

Einblicke in die jüngste Thüringer Geschichte gewährt der erste Vorsitzende der CDU-Fraktion im Thüringer Landtag, Jörg Schwäblein (im Bild rechts), in einem Zeitzeugen-



gespräch mit dem Fraktions-TV, dem Internetkanal der CDU-Landtagsfraktion. Schwäb-

lein, der die Fraktion von 1990 bis 1995 führte und dem Landtag bis Ende Januar 2009 angehörte, berichtet unter anderem über den schwierigen Wechsel von Josef Duchac zu Bernhard Vogel im Amt des Ministerpräsidenten. Der heutigen Fraktion gibt der langjährige Parlamentarier einen Rat mit auf den Weg: „Wenn Aufgaben da sind, sind sie anzupacken. Jegliches Verschieben kostet Kraft und wird garantiert teuer.“ (Mit Schwäblein endet die Gesprächsreihe zu

20 Jahren CDU-Fraktion. Alle Interviews in der Mediathek unter [cdu-landtag.de](http://cdu-landtag.de))



### Eichsfelder werben für ihre Region

Die CDU-Landtagsabgeordnete Christina Tasch (l.) erwies sich im Foyer des Landtags als gute Verkäuferin. Die Küllstedterin warb kräftig für die Eichsfelder Region und ihre Produkte. Mit Erfolg! Besonders die Eichsfelder Stracke, der Feldgieker und die Backspezialitäten von Günther Helbing (Mitte) waren bei den Politikern und Mitarbeitern sehr gefragt. Auch der CDU-Landtagsabgeordnete Gerold Wucherpfennig (r.) rührte die Werbetrommel für das „leckere Eichsfeld“.

## Entscheidungen demokratisch gestalten



**NACHGEFRAGT bei Martina Renner, stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion**

**Mit Alexander Schlager war ein Aktivist des Bürgerprotests gegen das Bahnprojekt „Stuttgart 21“ kürzlich Gast in der Linksfraktion. Warum ist das Thema der Fraktion so wichtig?**

Hier kommen verschiedene Politikfelder zusammen. Zum Beispiel, welche Antwort man Bürgern gibt, die unzufrieden sind mit Politik, mit Parteien, mit Entscheidungsprozessen, die immer mehr das Gefühl haben, eigentlich entscheiden Wirtschaftskonzerne und Lobbyinteressen. Aber es geht auch um die Verkehrspolitik, Stadtentwicklungsfragen oder die Ökologie. Und vor allem diese Grundfrage: Wie sollen Entscheidungen anders demokratisch gestaltet werden?

**Welche neuen Erkenntnisse konnten gewonnen werden?**

Ich fand besonders spannend, wie sich in Stuttgart das Bündnis zusammensetzt, wie es zu Entscheidungen kommt und wie es die Heterogenität aushält. Dabei handelt es sich um einen schon seit Jahren anhaltenden Prozess. Die LINKE ist Teil der Bewegung, es geht ihr vor allem um den Brückenschlag zwischen sozialer Frage und Demokratiefrage.

**Gerade war ein Castortransport durch Thüringen unterwegs. Welche Position bezieht die Linksfraktion?**

Wir unterstützten die Proteste gegen den Castor-Transport nach Lubmin. Wir nehmen nicht hin, dass durch den Atomdeal der Bundesregierung gegen den Willen einer Mehrheit der Bürger eine fatale Energiepolitik ungestört weiterbetrieben wird.

## Fragwürdige Rechenricks belasten die Kommunalfinanzen Unterstützung für Thüringer Bürgermeister vor und im Landtag

Der Protest der Thüringer Bürgermeister anlässlich der abschließenden Beratung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Innenausschusses zum Kommunalen Finanzausgleich 2011 – zu der öffentlichen Sitzung waren demonstrativ an die 100 Bürgermeister aus ganz Thüringen in den Landtag gekommen – wurde von der Linksfraktion ausdrücklich unterstützt (s. Foto). Der Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen steht jedes Jahr auf der Tagesordnung, doch die Krise der kommunalen Haushalte und die ungelöste Situation bei der Kita-Finanzierung hatten bei den Bürgermeistern „das Fass zum Überlaufen gebracht“. „Fragwürdige Rechenricks des Landes belasten massiv die Finanzen der Thüringer Kommu-

nen im Jahr 2011. Ihre Lage war noch nie so prekär, wie gegenwärtig“, sagte Frank Kuschel, der kommunalpolitische Sprecher

keinen Haushalt hatte, wird 2011 erst recht keinen aufstellen können“, betonte der Landespolitiker und informierte, dass in die-



der LINKEN, in der Landtagsdebatte zum Landeshaushalt und zum Kommunalen Finanzausgleich. Viele Gemeinden und Städte hätten bereits 2010 keinen Haushalt aufstellen oder nur durch radikales Streichen von freiwilligen Leistungen die formalen gesetzlichen Ansprüche erfüllen können. „Wer 2010

sem Jahr mehr als 80 Gemeinden und Städte keinen Haushalt hatten. „Auch die Bürgermeister und Mitglieder in den Gemeinde- und Stadträten müssen stärker als bisher gegenüber der Landesregierung deutlich machen, zu welchen gravierenden Folgen diese Politik vor Ort führt“, sagte der Abgeordnete.

## Welche Auswirkungen das Web 2.0 auf die Politik hat

Auf große Resonanz war die LIMAregional, die Linke Medienakademie in Erfurt, gestoßen. Welche Herausforderungen das „digitale Zeitalter“ an Kommunikation stellt und welche Auswirkungen das Web 2.0 auf Politik hat, waren zentrale Fragestellungen der auch von der Landtagsfraktion der LINKEN mitgetragenen Veranstaltung an der Fachhochschule in Erfurt.

In Vorträgen, Podiumsdiskussionen und auf einem „Markt der Möglichkeiten“ ging es



um die Kunst, Informationen an die Frau und den Mann zu bringen, Kreativität einzusetzen und sich mit Gleichgesinnten zu vernetzen.

Bei den mehrstündigen, parallelen Workshops stand die Aneignung praktischer Fähigkeiten für Einsteiger wie Fortgeschrittene im Mittelpunkt: Kampagnenplanung, Guerilla-Marketing, Agenda-Setting, Videoaktivismus oder die Nutzung des Web 2.0 (Wikis, Blogs, Microblogging, soziale Netzwerke).

## Sorgfältig zusammgelegte „letzte Hemden“ an Finanzminister übergeben

Während der Haushaltsdebatte am 9. Dezember im Thüringer Landtag haben die Abgeordneten der Linksfraktion mit einer Letzte-Hemden-Aktion auf die zum Teil prekäre finanzielle Situation der Städte und Gemeinden aufmerksam gemacht. Am Ende seiner Rede zur Verabschiedung des Landeshaushalts betonte MdL Knut Korschewsky, Landesvorsitzender der Thüringer LINKEN, die verfehlte Politik der Regierungskoalition aus CDU und SPD: „Ihr letztes Hemd haben Sie den Kommunen bereits ausgezogen, zie-

hen Sie es nicht auch noch den sozial Bedürftigen aus!“, sagte der Landespolitiker. Dazu zeigten die Abgeordneten der LIN-

KEN stellvertretend für die Notleidenden Kommunen im Freistaat weiße T-Shirts mit Namen von einigen Städten und Gemeinden.

Im Anschluss an die Debatte überreichten für die Linksfraktion Knut Korschewsky, Martina Renner, Frank Kuschel, Ina Leukefeld und Karola Stange die sorgfältig zusammgelegten Hemden an den neuen Finanzminister Wolfgang Voß (CDU).





### Frohe Weihnachten für die Kinder in Hildburghausen!

Eigenhändig eingepackt machen Weihnachtsgeschenke besondere Freude! Es ist mittlerweile zur guten Tradition geworden, dass Abgeordnete der SPD-Fraktion benachteiligten Kindern zu Weihnachten eine Freude bereiten, Geschenke kaufen und selbst einpacken. In diesem Jahr bereiten die Abgeordneten Jungen und Mädchen im Alter von 8 bis 12 Jahren einer Tagesgruppe der Arbeiterwohlfahrt in Hildburghausen eine Freude. Sie stammen aus Familien, die Unterstützung bei der Bewältigung ihres Alltags benötigen. Sozialministerin Heike Taubert (Bildmitte) fand trotz ihres übervollen Terminkalenders Zeit, die Aktion zu unterstützen. Die Päckchen wurden persönlich von Heike Taubert und SPD-Fraktionsvorsitzendem Uwe Höhn in Hildburghausen übergeben.

### Grünes Licht für die Gemeinschaftsschule

**Landtag verabschiedet Gesetzentwurf der Landesregierung**

Damit können die Gemeinschaftsschulen ab dem Schuljahr 2011/2012 ihre reguläre Arbeit aufnehmen. Längeres gemeinsames Lernen bis Klasse acht wird damit Wirklichkeit – die frühe Trennung der Kinder nach Klasse vier gehört der Vergangenheit an. Damit ist eines der wichtigsten Vorhaben der SPD aus dem Koalitionsvertrag verwirklicht worden. Die Gemeinschaftsschule wird als gleichberechtigte Schulart neben Regelschulen, Gymnasien, freien

Schulen und Grundschulen Bestand haben. Die Opposition – Linke, Grüne und FDP – stimmte geschlossen gegen den Gesetzentwurf. Bildungsminister Christoph Matschie sagte in der Plenardebatte, dass mehr als 80 Prozent der Thüringer Eltern die neue Schulform wünschen. Mit dem Gesetz gibt es zudem eine verlängerte Schulpflicht von neun auf 10 Schuljahre. So soll verhindert werden, dass weniger Schüler die Regelschule ohne Abschluss verlassen.

### Bildung, soziale Sicherung und Investitionen

**SPD sorgt für zusätzliches Geld für politische Bildung**

„Mit ca. 80 Einzelanträgen haben die Koalitionsfraktionen den Haushalt an einigen Stellen nachjustiert. Die vorgesehene Kreditaufnahme kann insbesondere wegen der besseren Konjunkturerwartungen um weitere 148 Mio. Euro gesenkt werden. Damit schafft der Haushalt den schwierigen Spagat zwischen Konsolidierung auf der einen Seite und Sicherung von Bildung, sozialem Ausgleich und Investitionen auf der anderen Seite. Von der Koalition eingebrachte Änderun-

gen sind unter anderem:

- Aufstockung der Mittel für die politische Bildung (+ 160.000 Euro)
  - Zusätzliches Geld für Schulpsychologen (+ 500.000 Euro)
  - Zusätzliches Geld für Projekte im Rahmen des Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit an den Schulen (+ 214.000 Euro).
- Zu den Anträgen der Opposition so Matthias Hey, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion: „Masse war bei diesen Anträgen leider nicht Klasse.“

### Kommunen unter Druck: Kiels Oberbürgermeister Albig will Finanzen umkrepeln



„Die Finanzarchitektur der Bundesrepublik muss vom Kopf auf die Füße gestellt werden. Wir brauchen mehr Stadt und weniger Staat“, so eine der Thesen von Kiels Oberbürgermeister Torsten Albig (im Bild links mit SPD-Landtagsabgeordnetem Matthias Hey und SPD-Fraktionsvorsitzendem Uwe Höhn). Er diskutierte mit dem haushaltspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Carsten Schneider, sowie mit Christoph Matschie und Uwe Höhn beim ersten kommunalpolitischen Abend, zu dem die SPD-Fraktion Ende November ein-

geladen hatte. Die Redebeiträge machten klar, wie dringend die Kommunen Hilfe vom Bund brauchen. Albig, der sich mittlerweile auch überregional einen Namen als Sachwalter der Kommunen gemacht hat, bestätigte: „Die strukturellen Finanzprobleme der Kommunen können nicht durch die Länder gelöst werden. Wir brauchen einen nachhaltigen Lösungsansatz auf Bundesebene. Dazu muss die Bundesregierung die Hängepartie ihrer Gemeindefinanzkommission beenden“, so der ehemalige Sprecher von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück.

## Minister setzt Einschnitte bei freien Schulen durch

Trotz heftiger Proteste von Schulträgern, Eltern und Schülern hat der Landtag gegen die Stimmen der FDP das Gesetz über die Schulen in freier Trägerschaft beschlossen. Dieses sieht gravierende finanzielle Einschnitte bei den freien Schulen vor. Die Kürzungen machten 2011 bei den Regelschulen 7,6 %, bei den Gymnasien 6,9 % und bei den Förderschulen 9 bis 10 % aus, rechnete die bildungspolitische Sprecherin der FDP-Frak-



tion Franka Hitzing vor. Für 2012 stünden weitere Kürzungen an. Angesichts dessen von „moderaten Kürzungen“ zu sprechen, sei „unredlich und unehrlich“, warf sie Bildungsminister Christoph Matschie vor. Heftige Kritik äußerte sie an der willkürlichen Neuberechnung der „Sollkosten“ und an der Tatsache, dass den Parlamentariern die Berechnungsgrundlagen vorenthalten worden seien. Die Schulen in freier Trägerschaft seien keine Ergänzung, sondern fester Bestandteil der Bildungslandschaft in Thüringen, erklärte der Fraktionsvorsitzende Uwe Barth in der Debatte. „Es geht nicht um bessere oder schlechtere Schulen.“ Freie Schulen und staatliche Schulen sollten gleichberechtigt und gemeinsam an der Weiterentwicklung des Bildungssystems arbeiten können. Deshalb solle Bildungsminister Christoph Matschie aufhören, Lehrer, Eltern und Schüler dieser Schulen gegeneinander auszuspielen. Die Einführung der Gemeinschaftsschule dürfe nicht zu Lasten der bestehenden Schulen gehen, bekräftigte der Fraktionsvorsitzende. „Wir werden ganz genau kontrollieren, wie die Versprechungen des Ministers umgesetzt werden.“

## Bundesgesundheitsminister Rösler besuchte FDP-Landtagsfraktion

Auf Einladung der FDP-Landtagsfraktion war Bundesgesundheitsminister Philipp Rösler am 16. November nach Thüringen gekommen. Selbst promovierter Mediziner, traf sich Rösler in Erfurt mit dem Arbeitskreis II der FDP-Fraktion und dem Landesfachausschuss Soziales, Familie und Gesundheit zu einem Gespräch über aktuelle Fragen der Gesundheitspolitik. Ganz oben auf der Agenda:



die Probleme der flächendeckenden ärztlichen und pflegedienstlichen Versorgung. Die Frage, wie dem Ärzteman-

gel beizukommen sei, sagte Rösler, ziehe eine Vielzahl von Maßnahmen nach sich; sie werde im kommenden Jahr höchste Priorität haben. „Noch für das erste Halbjahr 2011 ist ein großes Versorgungsgesetz geplant.“ Zur Sprache kam auch die schwierige Situation freiberuflicher Hebammen in Thüringen. Im Anschluss an das Gespräch besuchte der Bundesgesundheits-

minister zusammen mit Marian Koppe die Saalfelder Thüringen-Kliniken „Georgius Agricola“.

## Sparen muss für alle zum politischen Ziel werden

„Der Haushalt 2011 nimmt keine nachhaltigen Strukturveränderungen vor“, kritisierte der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Lutz Recknagel in der Haushaltsdebatte im Parlament. Die Regierung nehme auch weiterhin eine sehr hohe Neuverschuldung in Kauf. Gespart werde zu wenig und an den falschen Stellen. „Das ist kein Sparen mit Verstand, sondern Sparen auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner.“ Vor allem die drastischen Einsparungen im Bildungsbereich seien unverantwortlich. „Gerade der Umgang mit Universitäten und Schulen in freier Trägerschaft zeigt das wahre Gesicht der Landesregierung“, so Recknagel. Die FDP setzte dem ihren Entwurf mit



deutlichen Änderungen entgegen. Darin war vorgesehen, Thüringen mit einer deutlichen Reduzierung der Neuverschuldung und einer Umschichtung

Anträge als alle anderen vier Fraktionen zusammen eingebracht. Die Neuverschuldung hätte damit um mehr als die Hälfte auf 293,3 Mio. Euro gesenkt werden können. Damit folgte die FDP ihrem verantwortungsvollen Haushaltskurs aus den letzten Haushaltsverhandlungen, in denen sie als einzige Partei eine deutliche Reduzierung der Neuverschuldung vorgeschlagen hatte. Erneut wurden alle Einzelpläne gründlich nach großen und kleinen Einsparposten abgeklopft. Für die Universitäten und Fachhochschulen, die Schulen in freier Trägerschaft und die Pensionsfonds hätte man insgesamt 21,3 Mio. Euro mehr ausgeben können. Alle Mehrausgaben wären durch eine Umschichtung von Mitteln ausfinanziert worden.

## Regierung hat Erhöhung der Elternbeiträge zu verantworten

„Die Landesregierung hat die Erhöhung von Elternbeiträgen zur Finanzierung der Kindertagesstättenreform zu verantworten“, stellte der innenpolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Dirk Bergner in einer Aktuellen Stunde auf Antrag der FDP-Fraktion fest. Die Vertreter der Landesregierung hätten bislang nicht nachweisen können, dass die Reform ausfinanziert sei. Die Mittel reichten nicht aus, um die 2011 anfallenden Ausgaben in diesem Bereich zu finanzieren. Deshalb seien die Kom-

munen gezwungen, die Elternbeiträge zu erhöhen. „Es spricht alles für einen Wortbruch der Regierung“, erklärte Bergner in der Debatte. Minister Matschie hatte beim Beschluss zum Kindertagesstättengesetz versprochen, die Reform werde nicht zu Lasten der Kommunen gehen. „Das Geld kommt aber offenbar nicht bei den Kommu-



nen an“, stellte Bergner, der selbst ehrenamtlicher Bürgermeister ist, fest. Leider sei die Koalition über diese Versprechungen nicht hinausgekommen. Auf eine direkte Zuweisung von 46 Mio. Euro an die Kommunen hatten sich CDU und SPD nicht einigen können. „Die Kommunen und die Eltern werden im Stich gelassen“, so Bergner.

## Neue Entscheidungskultur



Wer in den Urlaub geht, muss seinen Schreibtisch abgearbeitet haben. Sonst droht Ungemach aus der Chefetage.

Im Landtag ist das anders: Auch nach dem letzten Plenum vor den Weihnachtsferien blieben 25 Anträge und Gesetzentwürfe liegen. Einige liegen nun schon seit Oktober vor, ohne dass sie diskutiert,

geschweige denn abgestimmt wurden. Darunter auch das Thema Arbeitsmarktreform, das zwar Bundestag und Bundesrat beschäftigte, aber am Landtag komplett vorbeiging. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN versteht es als ureigenste Aufgabe der Opposition in einer repräsentativen, parlamentarischen Demokratie der Regierung auf die Finger zu schauen, sie zu kritisieren, ihr den nötigen Input für eine gute Regierungsarbeit zu liefern. Dabei geht es nicht um Blockade, sondern um Kontroll- und Steuerungsaufgaben. Deshalb kommen aus den

Reihen der Opposition naturgemäß die meisten Anträge.

Im Plenum wird die Arbeit der Landesregierung und der Parlamentarier für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar. Aus Sicht von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist es daher eine grobe Missachtung der Wählerinnen und Wähler, wenn wichtige Anträge unbearbeitet überwintern. Die bündnisgrüne Fraktion wird daher auch in dieser Hinsicht weiter für eine neue politische Kultur streiten.

Anja Siegesmund,  
Fraktionsvorsitzende

## Gesetz über freie Schulen - zulasten der pluralen Schullandschaft

„Trotz des Vorliegens eines Gutachtens, welches die Verfassungsgemäßheit des neuen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft bezweifelt, tausendfacher Protestschreiben und vieler Demonstrationen und Aktionen für gleiche Chancen und Rahmenbedingungen ist das Gesetz über Schulen in freier Trägerschaft verabschiedet worden“, kritisiert Astrid Rothe-Beinlich, bildungspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Thüringer Landtag. „Bis zuletzt haben wir uns bemüht, die Landesregierung zum Rückzug dieses Gesetzesvorhabens zu bewegen und eine erneute Beratung unter Abwägung aller

Argumente im Bildungsausschuss zuzulassen. Denn aus unserer Sicht wurde bislang nicht einmal ein ehrlicher Dialog auf Augenhöhe über die Fi-



nanzierung der freien Schulen geführt“, so Rothe-Beinlich weiter. Die Zahlenbasis für die künftige Finanzierung wurde selbst den Bildungsausschussmitgliedern verweigert, Änderungsanträge ohne Diskussi-

on abgelehnt und zahlreiche Rechtsbedenken einfach beiseite gewischt. Leider hat dieses Verhalten über jegliche Versuche gesiegt, im breitesten möglichen Konsens eine tragfähige Lösung für die Träger freier Schulen in Thüringen zu finden.

„Das Ziel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist nicht, Politik über Gerichte zu machen, sondern wir haben auf die Kraft der Argumente gehofft. Leider fanden diese kein Gehör und wir werden nun beraten, ob wir ein Normenkontrollverfahren anstreben“, schließt Rothe-Beinlich für die bündnisgrüne Fraktion.



Die erste Klimakonferenz „Frischer Wind für Thüringen“ der bündnisgrünen Fraktion war ein großer Erfolg.

An 17. und 18. November 2010 diskutierten mehr als 120 TeilnehmerInnen über die Chancen und Potenziale von Windenergie in Thüringen.“

## Finanzlage macht Strukturreformen unabdinglich



Die Haushaltsdebatten wurden auch in diesem Jahr kontrovers geführt. Während Cicero der Auffassung war,

„die Menschen nicht verstehen, welche große Einnahmequelle in der Sparsamkeit liegt“, bewies die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass sie die Zeichen der Zeit verstanden hat.

Insgesamt wurden von ihr 340 Änderungsanträge eingebracht. Ziel war, die Neuverschuldung zu halbieren und notwendige Investitionen in Bildung zu sichern.

Leider zeigte sich die Landesregierung überzeugt, dass die von ihr beschlossenen Maßnahmen ausreichen, und lehnte fast alle Vorschläge der Opposition ab. „Sparkommissar“ Carsten Meyer forderte dagegen einen fraktionsübergreifenden Dialog: „Solange es nicht darum geht, weitere Schulden zu ermöglichen, wollen wir mit allen reden. Wir erwarten aber inhaltliche statt interessengeleitete Gespräche, den Mut, offene Konflikte durchzustehen und die Einbindung der Betroffenen, der Kommunen und der Gewerkschaften.“

Dabei mahnte die Fraktion wiederholt die Notwendigkeit umfassender Strukturreformen an. Man müsse die Lage Thüringens realistisch beurteilen und dürfe sich nicht der Illusion hingeben, dass ein „weiter so“ bis 2020 möglich sei. Meyer spielte dabei auch auf Fontane an: „Wir können nicht ein Dutzend Austern bestellen und hoffen, sie mit der Perle, die wir darin vielleicht finden, bezahlen zu können.“

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 37 71871  
Fax: 0361 37 71872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 37 71900  
Fax: 0361 37 71904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Presse-/Öffentlichkeitsarbeit  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Verantwortlich:**  
Dr. Rainer Kipper

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.

Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 37 72006  
Fax: 0361 37 72004

pressestelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringer-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Bürgersprechstunden 2011

Wie in den vorangegangenen Jahren führt die Bürgerbeauftragte Bürgersprechstunden am Dienstsitz in Erfurt sowie auswärtige Bürgersprechstunden in den Landratsämtern der Landkreise und Stadtverwaltungen der kreisfreien Städte durch.

Alle ganztägigen Bürgersprechstunden sind im Internet unter: <http://www.thueringen.de/de/bueb/termine/auswaertig/> veröffentlicht. Auf individuellen Wunsch können auch zu anderen Zeiten persönliche Gesprächstermine am Dienstsitz in Erfurt vereinbart werden (Tel.: 0361 3771871)

#### Auswärtige Bürgersprechstunden 1. Halbjahr 2011



18.01.2011	LRA Saale-Orla-Kreis
01.02.2011	LRA Nordhausen
15.02.2011	LRA Hildburghausen
01.03.2011	LRA Altenburger Land
15.03.2011	LRA Eichsfeld
29.03.2011	LRA Saalfeld-Rudolstadt
12.04.2011	LRA Sonneberg
03.05.2011	Stadtverwaltung Gera
17.05.2011	Stadtverwaltung Eisenach
31.05.2011	LRA Kyffhäuserkreis
28.06.2011	LRA Schmalkalden- Meiningen

## Der Datenschutzbeauftragte

### Dachflächenkataster zur Solarpotentialanalyse

Im Freistaat Thüringen planen Städte und Landkreise die Erstellung eines Solarkatasters, welches im Internet ohne weitere Zugangsvoraussetzungen veröffentlicht werden soll. Hierfür werden Luftbildaufnahmen so bearbeitet, dass alle Dachflächen je nach dem Grad der Eignung für eine Solaranlage unterschiedlich farblich gekennzeichnet sind. Den betroffenen Eigentümern soll dabei gegen die Veröffentlichung ein Widerspruchsrecht eingeräumt werden. Aus datenschutzrechtlicher Sicht handelt es sich bei den Angaben zu Ort, Straße, Hausnummer und der Solareignung der Dachfläche um personenbezogene, zumindest aber um personenbeziehbare Daten i. S. des § 3 Abs. 1 Thüringer Daten-

schutzgesetz (ThürDSG). Gemäß § 4 Abs. 1 ThürDSG ist eine Verarbeitung von personenbezogenen Daten nur zulässig, wenn dieses Gesetz oder eine andere Rechtsvorschrift sie erlaubt oder anordnet oder soweit der Betroffene eingewilligt hat. Das Solarkataster stellt eine Umweltinformation i. S. von § 2 Abs. 2 Nr. 3 b) Thüringer Umweltinformationsgesetz (ThürUIG) dar. Nach § 10 Abs. 6 ThürUIG gilt bei der Unterrichtung der Öffentlichkeit u. a. § 9 ThürUIG entsprechend. Die Verbreitung von Umweltinformationen ist nach § 9 Abs. 1 ThürUIG bei einer Beeinträchtigung des Schutzes privater Belange abzulehnen, es sei denn, die Betroffenen haben zugestimmt oder das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe

überwiegt. Die Zulässigkeit der Internetveröffentlichung des Solarkatasters hängt somit von der Abwägung zwischen dem schutzwürdigen Interesse der Betroffenen und dem öffentlichen Interesse ab. Wieso jeder Interessierte nicht nur über die Solareignung seines eigenen Daches, sondern über alle beliebigen Dächer im Solarkataster informiert werden muss, ist dabei bisher nicht ersichtlich geworden. Nach Einschätzung des TLFD überwiegt der Eingriff in das informationelle Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen das öffentliche Interesse an der Bekanntgabe im Internet. Als einzige Zulässigkeitsvoraussetzung bleibt daher nur die vorherige Einwilligung der Betroffenen in die Internetveröffentlichung.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Empfehlung: Hilfe in aktuellen Notlagen

Der Runde Tisch Heimerziehung in den 50er und 60er Jahren der alten Bundesrepublik (RTH) hat seinen Abschlussbericht vorgelegt. Er stellt fest, dass das „System Heimerziehung“ auch im Lichte des Grundgesetzes im Bezug auf die Wahrung der Rechte der Betroffenen ein mangelhaftes und demokratisch unreifes System war. Ein „Unrechtssystem“ war es nach Bewertung des Runden Tisches jedoch nicht. Das erfahrene Unrecht war vermeidbar, war von Menschen gemacht. Offenbar war eine andere, den Bedürfnissen und Interessen der Betroffenen gerecht werdende Heimerziehung auch damals möglich – es gibt auch Berichte von positiven, angemessenen und hilfe-

reichen Erfahrungen –, aber nicht allgemeine Praxis. Aus der Aufarbeitung der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre folgt die Notwendigkeit der Verantwortungsübernahme, der Anerkennung, der Rehabilitierung und der Unterstützung ehemaliger Heimkinder in Lebenslagen, die durch die Heimerziehung (mit-)verursacht wurden. Demzufolge empfiehlt der RTH, Beratungs- und Anlaufstellen einzurichten, die Wegweiser zu medizinischen und sozialen Hilfen sind, Selbstorganisation ermöglichen und bei der persönlichen Aufarbeitung helfen. Die verantwortlichen Institutionen sollen um Verzeihung bitten, die wissenschaftliche Aufarbeitung soll fortgesetzt werden und öf-

fentliche Präsentationen sollen das Ansehen der Heimkinder in der Gesellschaft stärken. Finanzielle Unterstützung soll immer individuell, anknüpfend an heute noch vorhandene Folgeschäden, gewährt werden. Deren Finanzierung ist noch nicht gesichert. Damit hat der RTH Mindestmaßstäbe gesetzt, die auch für Menschen gelten müssen, die durch die DDR-Kinderheime gegangen sind. Hier ist durchaus von einem „Unrechtssystem“ auszugehen, zumindest in den Durchgangsheimen und in den Spezialheimen, zu denen die Spezialkinderheime und die Jugendwerkhöfe zählten. Ein Arbeitskreis beim Thüringer Sozialministerium versucht dies wissenschaftlich zu klären.